



Antrag

der Abgeordneten **Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold, Dr. Herbert Kränzlein, Kathi Petersen, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Margit Wild, Günther Knoblauch, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Klaus Adelt, Ruth Müller, Georg Rosenthal, Florian von Brunn SPD**

Arm sein im reichen Bayern – Probleme und Lösungen XII: Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2014“ zu ziehen und unverzüglich Maßnahmen zur nachhaltigen Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Bayern zu ergreifen.

Hierfür ist eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, die aus Landesmitteln finanziert wird.

Begründung:

Die bisherige Wohnungsbauförderung bleibt weit hinter der benötigten Anzahl an neuen und bezahlbaren Wohnungen zurück. Dabei ist die Schaffung und Erhaltung bezahlbaren Wohnraums nicht nur mit Blick auf sozial Schwächere geboten, sondern inzwischen auch immer mehr mit Blick auf Normalverdienerinnen und -verdiener. So ist es beispielsweise Familien mit Kindern in Wachstumsregionen aufgrund stetig steigender Mietkosten finanziell oft unmöglich, aktiv am städtischen Leben mitsamt seiner vielfältigen Angebote gleichwertig teilzuhaben.

Der zunehmende Zuzug in Ballungsgebiete sowie der zusätzliche Bedarf an Wohnungen durch Geflüchtete spitzen die Lage am Wohnungsmarkt weiter zu und erhöhen den Handlungsdruck. Gleichzeitig hat sich der Bestand an Wohnungen mit Sozial- und Mietpreisbindung in den vergangenen 15 Jahren nahezu halbiert, während das Mietniveau unaufhaltsam steigt. Eine Förderung von bezahlbarem Wohnraum, speziell in den Regionen, die einen erheblichen Mangel aufweisen, findet nicht in ausreichendem Maße statt.

Die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft kann dieses Marktversagen zumindest in Teilen korrigieren. Diese könnte sich am Vorbild der GBW orientieren, die ohne Not von der Staatsregierung privatisiert wurde.